blätter des iz3w

herausgegeben vom informationszentrum dritte welt 78 Freiburg, Lorettostr. 20a

Nr. 1 Nov. 70

Inhalt

Zusammengestellt und herausgegeben von :
S.Bartels, G.Cremer, C.Erichsen, F.Hemmerich, A.Hundsdörfer, M.Nienhaus, P.Riedesser, G.Stingl, H.Topf

i z 3 w: Ziel und Funktion

Mit dem Aufbau des Informationszentrums Dritte Welt versucht die Aktion Dritte Welt zusammen mit einer Anzahl weiterer entwicklungspolitisch engagierter Gruppen im Freiburger Raum (K.H.G., E.S.G., Friedensmarsch, Entwicklungspolitischer Arbeitskreis der S.P.D., Entwicklungspolitischer Arbeitskreis Freiburger Schüler) eine Antwort auf folgende vier Fragen zu geben - Fragen, die zentral sind für die Funktionsfähigkeit dessen, was man die "organisatorische Infrastruktur" einer entwicklungspolitischen Opposition in der B.R.D. nennen könnte:

1. Wie gewinnt man den dringend notwendigen informatorischen Einblick in die Prozesse der E.L.-Politik, d.h. wie kommt man zu einem analytisch differenzierten, sowie permanent aktuellen Informationsstand?

2. Wie sichert und verstärkt man die bislang noch vielen Zufälligkeiten unterworfene Kommunikation unter den Gruppen und Einzelpersonen, die in ähnlicher Weise wie die AKTION DRITTE WELT tätig sind. Wie erreicht man es, daß beispielsweise die Aktion "Friede durch Gerechtigkeit" in Hamburg über einen gleichwertigen Informationsstand verfügt wie das Friedensmarsch-Kommitee in Bonn oder die Aktion "Selbstbesteuerung" in Baden-Württemberg.

3. Wie verschafft man sich eine ständig aktuelle Übersicht darüber, wo Einzelpersonen und Initiativgruppen, politische Hochschulgruppen, Arbeitskreise in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen usw. entwicklungspolitisch oppositionell arbeiten, welche Erfahrungen sie gesammelt haben und wie sie methodisch vorgehen usw.

4. Wie ermöglicht man vom Organisatorischen her (zur Durchsetzung entwicklungspolitischer Einzelforderungen) eine lockere Bündelung dieser politischen Kräfte, die geographisch von München bis Kiel und ideologisch von links bis linksliberal streuen.

Die Antwort auf diese Fragen ist ein fünf Punkte umfassendes Arbeitsprogramm, welches im wesentlichen zum Inhalt hat, was auf den zwei sog. I.Z.-Tagungen in Ludwigstein und Neuweilnau diskutiert und der Realisierung nahegebracht worden ist (letztlich dann aber doch scheiterte) und was ansatzweise seit geraumer Zeit von der Aktion Dritte Welt schon in Angriff genommen worden ist:

1. Der Rundbrief der AKTION DRITTE WELT wird zu einem regelmäßig erscheinenden aktuellen Informationsblatt ("Blätter des i z 3 w") das zu einem annehmbaren Preis allen entwicklungspolitisch interessierten Gruppen und Einzelpersonen zugesandt wird, die in der Zentralkartei des I.Z. aufgenommen sind. Das Informationsblatt wird im Einzelnen enthalten: Nachrichten und Kommentare; Kurzberichte über Tagungen, Seminare und Aktionen; Auszüge und Zitate mit dokumentarischem Wert; Literaturhinweise und Tagungsankündigungen.

2. Quantitativer und qualitativer Ausbau der seit Mai letzten Jahres laufenden Publikationsreihe mit analytischen, theoretischen und polemischen Flugschriften zur E.L.-Politik. Wir werden uns dazu um Beiträge von überall her bemühen und uns bei der Auswahl von einem Gremium von Assistenten des soziologischen und entwicklungspolitischen Instituts der Universität Freiburg beraten lassen.

3. Ausweitung der seit 1968 bei der AKTION DRITTE WELT eingerichteten Dokumentation. - Hier werden zusammengetragen, gesichtet und jedermann zugänglich gemacht: Veröffentlichungen des BMZ, DSE, Misereor ...; Flugschriften, Flugblätter, Informationsblätter entwicklungspolitisch oppositioneller Gruppen; Zeitungsausschnitte; Tagungs- und Sitzungsprotokolle; wissenschaftliche Literatur mit aktueller Thematik; Bild- und graphisches Material von und über Freiheitsbewegungen nach Kontaktaufnahme mit den Verbindungsstellen dieser Organisationen in Europa. Die Dokumentation wird zukünftig zu angegebenen Zeiten auch telephonisch zu befragen sein.

4. Aufbau einer Zentralkartei, die die Anschriften von Gruppen und Einzelpersonen umfaßt, die sich kritisch mit der E.L.-Politik der BRD auseinandersetzen. Die Adressenkartei der AKTION DRITTE WELT, die gegenwärtig 900 Adressen von Gruppen und Einzelpersonen nennt, bildet hierfür eine geeignete Grundlage. Sie wird gegenwärtig (unter den Gesichtspunkten: Einzelpersonen, Gruppen, geographischer Bereich) systematisiert und in der folgenden Zeit ständig erweitert werden. Zukünftig soll diese Kartei dann zu einer Art kommunikativem Dreh- und Angelpunkt für überregionale Aktionen werden. Die Initiative für diese Aktionen soll ausschließlich oder primär bei den Gruppen liegen, die sich an der Arbeit des "Entwicklungspolitischen Kontrast-Forums" beteiligen (s. 5).

5. Zweimal im Jahr wird das I.Z. ein 2-tägiges offenes Seminar vorbereiten. Diese Einrichtung soll drei Zeilen dienen:

   a) der theoretischen und analytischen Schulung entwicklungspolitisch kritisch tätiger Gruppen und Einzelpersonen durch Referate und Diskussionen (die Schulung würde danach zu Punkt 1-3 eine Ergänzungsfunktion erfüllen);

   b) dem methodischen Erfahrungsaustausch der Erarbeitung von strategischen und taktischen Richtlinien für die regionale und überregionale Arbeit des nächsten halben Jahres und der Planung langfrisitg anzulegender Aktionen (hiermit würde neben der Zentralkartei eine zweite organisatorische Klammer geschaffen sein[+]);

   c) der kritischen Bezugnahme auf die Arbeit des "Entwicklungspolitischen Forums"[++] und eine gezielte Publizierung der durch die Seminarteilnehmer mehrheitlich verabschiedeten Stellungnahmen.

Von diesem letzten Punkt (5c) her bestimmt sich für das Seminar auch die vorläufig gewählte Bezeichnung "Entwicklungspolitisches 'KONTRAST'-Forum".

Die Seminare werden zur Erleichterung der organisatorischen Vorbereitung zunächst einmal an Tagungsorten im Freiburger Raum stattfinden. Sollte sich diese Institution bewähren, kann das Seminar später an zentraler gelegene Orte in der BRD verlegt werden.

Das I.Z. wird für alle Tagungsteilnehmer einen Anteil der Reise- und Verpflegungskosten übernehmen.

Es scheint uns wichtig, ein in dieser Weise konzipiertes Informationszentrum eingebettet zu sehen in einer strategisch-taktischen Gesamtkonzeption einer entwicklungspolitischen Opposition in der BRD. In dem beiliegenden Papier " Wie hilflos sind wir eigentlich?" findet sich der Entwurf einer solchen Gesamtkonzeption, der den strategisch-taktischen Bezugsrahmen zum i z 3 w bildet.

VERANSTALTUNGEN :

1. Aus der Eröffnungsveranstaltung zur sog. 2. Entwicklungsdekade am 23. 1o. 7o, Bonn, Beethovenhalle

Minister Eppler erzählte, daß bei der Abfassung des sog. Dekadendokuments der UN zwischen den Industrieländern tagelang darüber diskutiert worden sei, ob es in diesem Dokument heißen solle:

die Industrieländer bemühen sich oder
die Industrieländer werden alle Anstrengungen unternehmen,

um die ökonomische Entwicklung der Dritten Welt voranzutreiben. (Keine Frage, daß sich letztlich die Formulierung des "bemühen sich" durchsetzte.)

Prof. Dams (u.a. Präsidiumsmitglied des Deutschen Forums für Entwicklungspolitik):

Es ist unerklärlich, daß wir (d.h. unsere Gesellschaft) der Entwicklungspolitik nicht den ihr eigentlich zukommenden Rang zuerkennen.

(Wenn das für Dams unerklärlich ist ...)

H.D. Wagner (als Vertreter der Gewerkschaften geladene Auskunftsperson):

Ich sehe keine Gründe, gegen private Investitionen in der Dritten Welt zu sein.

(Die Gewerkschaften hatten einst "internationale Solidarität" auf ihre Fahnen geschrieben. Bezeichnend dagegen die Parole der Gewerkschaften zum 1. Mai 197o: "Den Fortschritt sichern"..)

2. Mitgliederversammlung der "Deutschen Afrika Gesellschaft" am 23. 1o. 7o, Bonn, Abgeordnetenhochhaus

Die "Deutsche Afrika Gesellschaft" (DAG) wurde 1956 auf Initiative von Eugen Gerstenmaier, damals Präsident des Deutschen Bundestages, gegründet. Zweck der Gründung war es, in möglichst enger Zusammenarbeit mit den Alliierten dem Einfluß der Sowjetunion in Afrika entgegenzuwirken und die deutsche Ausfuhr zu fördern. Es war daran gedacht, die Kolonialschule in Witzenhausen wiederzueröffnen. Gerstenmaier, dessen Interesse an Afrika sich in erster Linie von Großwildjagden herleitet, verstand seine (von der Gründung bis zum 23. 1o. 7o währende) Präsidentschaft in der DAG auch als mögliches Sprungbrett ins Auswärtige Amt.

Für die westdeutsche Großindustrie wiederum war durch die DAG-Gründung ein wichtiger Kanal zum Bundestagspräsidenten geschaffen. Im Kuratorium der DAG saßen infolgedessen Leute wie Beitz, von Menges usw. Es war geplant, Herrn von Hassel zum neuen Präsidenten der DAG zu wählen.

Die ausgesprochen schlechte Arbeit, das z.T. äußerst zweifelhafte Finanzgebaren sowie die undemokratische Organisation der DAG ließen schon vor Monaten den Plan entstehen, durch zahlreiche Neueintritte in die Gesellschaft die Wahl eines neuen Präsidiums zu erzwingen. (Die Hauptarbeit bei dieser Planung leistete Dr. Michael Koll, Freiburg, jetzt Nigeria).

Nachdem das bisherige Präsidium und besonders auch der bisherige Generalsekretär der DAG zahlreiche (z.T. nur als üble Manipulationen zu bezeichnende) Versuche unternommen hatten, ihren Kopf zu retten, mußten sie im Verlaufe der neun-stündigen Non-Stop-Sitzung schließlich doch die Waffen strecken. Ein neues, progressives Präsidium wurde gewählt. Die (politisch zweifellos längst überfällige) Veränderung durch "Unterwanderung" war erfolgreich.

Vielleicht ein kleiner Schritt auf dem "langen Marsch durch die Institutionen".

Die Veranstaltung war für alle Vertreter der kritischen Gruppen ein erstklassiges politisches Lehrstück. Ein ausführlicher Bericht über Vorgeschichte und über die Mitgliederversammlung liegt beim "i z 3 w" vor und kann dort angefordert werden. Denn die Presseberichterstattung über die Mitgliederversammlung der DAG war z.T. zu knapp, z.T. auch unrichtig (im "Spiegel").

INSTITUTIONEN :

DER BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

Bonn, Dezember 1969

Betr.: Generalformel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Entwicklungspolitik

"Das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen den industrialisierten Zonen und den Entwicklungsgebieten der Erde erhält Abhängigkeiten und schafft Konflikte.

Entwicklungspolitik soll Völkern helfen, sich selbst zu helfen, damit sie sozial und wirtschaftlich aufholen, ihre Gesellschaft nach eigenen Zielen modernisieren und in der weltweiten Interdependenz über die gemeinsame Zukunft mitbestimmen können.

Entwicklungspolitik macht politische Kräfte, wirtschaftliche Interessen und solidarische Hilfsbereitschaft dem sozialen und politischen Ausgleich dienstbar und bringt sie zu optimaler Wirksamkeit.

Entwicklungspolitik fordert die Lernfähigkeit auch unserer Gesellschaft heraus, ihre Bereitschaft, die Sorgen anderer Völker zu teilen und ihre Entscheidungen ernst zu nehmen. Entwicklungspolitik ist Ansatz zu einer Weltinnenpolitik. Sie tut das Nächstliegende in einer revolutionären Weltlage.

Entwicklungspolitk zielt auf Frieden. Sie beweist und mobilisiert Hoffnung".

Generalformel = Leerformel. Was soll's?

HANDELSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER ERSTEN UND DER DRITTEN WELT

1. Beitrag: Die Auswirkungen eines britischen EWG-Beitritts auf die Zucker-exportierenden Entwicklungsländer des Commonwealth

1. Vorbemerkung:

Der Zucker-Weltmarkt ist bekanntlich schon seit Jahrzehnten extremen Preisschwankungen ausgesetzt. Die großen Verlierer

dabei waren regelmäßig die (Rohr)Zucker exportierenden Länder der Dritten Welt, die z.T. (als Monokulturen) total von den Erlösen aus Zuckerexporten abhängig sind.

Die EWG-Agrarpolitik hat nicht nur nicht zur Entlastung am Zucker-Weltmarkt beigetragen (etwa indem sie sich zum Importeur von Zucker aus Entwicklungsländern entwickelt hätte), sondern diese EWG-Politik hat die Überproduktion des (wesentlich teureren) Rübenzuckers entscheidend begünstigt und damit einerseits zum "Zuckerberg" und andererseits zum steigenden Export von Zucker aus der EWG geführt, was wiederum die Position der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt schwächt.[1)]

Großbritannien verfolgt - im Gegensatz zur EWG - schon seit längerem bei Zucker eine Politik, die als durchaus positiv zu bezeichnen ist, weil sie stark auch an den Interessen der Zucker exportierenden Entwicklungsländer des Commonwealth orientiert ist.

Das Problem des britischen EWG-Beitritts in diesem Zusammenhang liegt in der Frage, ob Großbritannien nach seinem Beitritt von den bisherigen sechs Mitgliedstaaten gezwungen wird, deren Zuckerüberschüsse abzukaufen und auf diese Weise die Entwicklungsländer des Commonwealth, z.T. sehr stark, zu schädigen.

2. Analyse:

2.1 Das Commonwealth-Zuckerabkommen

Der Selbstversorgungsgrad Großbritanniens bei Zucker betrug im Jahre 1956 21%[2)], im Jahre 1959 26%[3)] und liegt mittlerweile bei einem knappen Drittel des gesamten Eigen-

---

1) vgl. zur EWG-Zuckerpolitik: Werner, H., Aktion Rohrzucker, Eine Dokumentation, vervielfältigtes Manuskript der "Aktion Dritte Welt", Freiburg 197o

2) Vgl. OEEC, "Mansholt-Vorschläge", zit. nach:Europäisches Parlament - Landwirtschaftsausschuß, Statistische Anlagen zum Arbeitsdokument über die landwirtschaftlichen Aspekte des Antrags Großbritanniens auf Beitritt zur EWG, Brüssel, o.J., S. 4, Tab.

3) Ebenda

verbrauchs.[1]

Der britische Importbedarf wird fast vollständig von Commonwealth-Ländern gedeckt[2], die mit Großbritannien im - 1951 erstmals zustandegekommenen - Commonwealth-Zucker-Abkommen verbunden sind.[3]

In diesem Abkommen, das noch bis Ende des Jahres 1974 Gültigkeit besitzt[4], verpflichtet sich Großbritannien[5] zur Abnahme bestimmten Zuckermengen zu jährlich ausgehandelten, garantierten Preisen. Die Lieferländer ihrerseits sind zur Lieferung der vereinbarten Mengen, die insgesamt mehr als 5o% der totalen Zuckerausfuhren aller Commonwealth-Länder ausmachen[6], verpflichtet.

---

1) Vgl. Pisani, E., Die Landwirtschaftsprobleme des Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft, S. 129, in: W. Hallstein, (Hrsg.), Hauptprobleme des Beitritts von Großbritannien zur Europäischen Gemeinschaft, Heft 2o der Reihe "Zum Dialog", a.O., 1969

2) Im Jahre 1965 beispielsweise zu 88%. Vgl. Schulz-Trieglaff, M., a.a.O., S. 51, Tab. XV.

3) Kurze Darstellungen dieses Abkommens (auch seiner Entstehung) finden sich bei Jones, D., The Commonwealth Sugar Agreement and the E.E.C., in: Bulletin of the Oxford University Institute of Statistics, 3.1967, bes. S. 213-215 und bei: EWG-Kommission (Hrsg.), Hausmitteilungen über Landwirtschaft 15: Lage und Tendenzen der Weltmärkte der wichtigsten Agrarerzeugnisse - Zucker, o.O., Feb. 1967, S. 78-82

4) Vgl. Pisani, E., a.a.O., S. 129

5) Es kann hier außer Acht bleiben, daß Großbritannien nicht das einzige Importland im Rahmen dieses Abkommens ist. Vgl. EWG-Kommission (Hrsg.), Hausmitteilungen über Landwirtschaft 15, a.a.O., S. 78

6) Vgl. Jones, D., a.a.O., S. 212

Eine Übersicht der von Großbritannien in den Jahren 1968 und 1969 jeweils zu garantierten Preisen gekauften Mengen gibt

Tabelle 1: Die von Großbritannien von den Export-Ländern des Commonwealth-Zucker-Abkommens in den Jahren 1968 und 1969 zu garantierten Preisen gekauften Mengen.

Exportland	Von Großbritannien gekaufte Mengen (in 1ooo "long tons"	Pro "long ton" gezahlter Preis[a] Pfund	Shilling
Australien	335	43	1o
Barbados	142	47	1o[b]
Indien	25	47	1o
Guyana	189	47	1o
Jamaika	226	47	1o
Trinidad und Tobago	134	47	1o
Mauritius	38o	47	1o
Swasiland	85	47	1o
British Honduras	21	47	1o
Fidschi-Inseln	14o	47	1o
Antigua und St. Kitts	34	47	1o

Quelle: o.V., Commonwealth Sugar Agreement, in: Survey of British and Commonwealth Affairs, No. 9, 197o, S. 4o8, Tab. 1 und S. 41o, Tab. 2

Anmerkungen: a) Die Preise verstehen sich pro "long ton" (1 long ton = 1o16 kg), fob und mit einem Polarisationsgrad von 96. Vgl. ebenda, S. 4o8 (Der Ausdruck "fob" umfaßt zusätzlich die Transportkosten bis zum Verschiffungshafen).

b) Den Entwicklungsländern des Commonwealth-Zucker-Abkommens wird also von vornherein ein höherer Preis garantiert als dem hochentwickelten Australien.

Zum Vergleich: Der entsprechende Weltmarktpreis fob karibische Häfen betrug im Jahre 1968 17 Pfund, 14 Shilling und 6 Pence, im Jahre 1969 29 Pfund, 17 Shilling und 1 Penny[1].
Hier zeigt sich deutlich die positive Bedeutung des Commonwealth-Zucker-Abkommens für die Zucker exportierenden Entwicklungsländer dieses Abkommens.

1) Vgl. o.V., Commonwealth Sugar Agreement, a.a.O., S. 4o8

Tabelle 2: Die Abhängigkeit der einzelnen Entwicklungsländer des Commonwealth-Zuckerabkommens von diesen Zuckerexporten nach Großbritannien.

Exportland	Prozentualer Anteil des Wertes der Zuckerexporte (innerhalb des Abkommens) am Gesamtwert der Exporte im Außenhandel mit Großbritannien (1968)	Prozentualer Anteil des Wertes der Zukkerexporte (innerhalb des Abkommens) am Gesamtwert aller Exporte (1968)
Barbados	95,8	- [a)]
Indien	o,o1	o,oo2
Guyana	67,3	-
Jamaika	42,4	11,8
Trinidad und Tobago	3o,o	3,4
Mauritius	97,5	87,3
Swasiland	51,3	ca.16,o
British Honduras	45,5	-
Fidschi-Inseln	77,2	-
Antigua u.St. Kitts	88,2	-

Quellen: Her Majesty's Customs and Excise, Annual Statement of the Trade of the United Kingdom with Commonwealth Countries and Foreign Countries 1968, Volume IV, London 1969
United Nations, Monthly Bulletin of Statistics, Heft 6, 197o

Der Wert der 2. Spalte bei Swasiland (ca. 16,o%) ist eine eigene Schätzung, der der Wert der Exporte des Landes aus dem Jahre 1966 zugrundeliegt. Aus: Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Reihe Marktinformation; Swasiland - Politische und wirtschaftliche Lage bei der Unabhängigkeit, Sept. 1968

Anmerkung: a) Zum Teil war der Wert der gesamten Exporte der Ausfuhrländer des Commonwealth-Zuckerabkommens auch in den Statistiken der Vereinten Nationen nicht enthalten. Allerdings ergibt sich schon aus den zum großen Teil extrem hohen Werten der ersten (vollständigen) Spalte die große Bedeutung der Zuckerexporte im Rahmen des Commonwealth-Zuckerabkommens für die einzelnen Entwicklungsländer.

2.2 Die EWG-Zuckerpolitik

Die Zuckerwirtschaft der EWG ist demgegenüber durch strukturelle Überproduktion gekennzeichnet:
So existierte etwa "im Durchschnitt der Jahre 1960-1968 ein Überschuß der Produktion über den Nahrungsmittelverbrauch von rd. 130 000 t.[1]
Die Überschußproduktion ist von den Mitgliedstaaten durch ein Kontingentsystem gleichsam institutionalisiert worden. Denn die in diesem System den einzelnen Ländern zugestandenen Grundquoten der Produktion, für die eine allgemeine Preis- und Absatzgarantie besteht, wurden 1966 auf einer totalen Höhe festgesetzt, die beispielsweise den damals für 1968/69 geschätzten Verbrauch um 200 000 Tonnen überstieg.[2]
Daß selbst diese Schätzungen bei weitem zu optimistisch waren, erwies schon der "Mansholt-Plan", in dem es schlicht heißt: "In Verbindung mit einer vorsichtigen Preispolitik kann die Zuckererzeugung der Gemeinschaft so ausgerichtet werden, daß sie ab 1970/71 den menschlichen Verbrauch bei einer normalen Ernte um nicht mehr als 600 000 t übersteigt".[3]
Es ist ein"alter Hut", daß die Agrarpreispolitik der EWG bisher noch nie "vorsichtig" gewesen ist.

Die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Zucker liegt nahe bei Null, bei Haushaltszucker ist sie sogar leicht negativ.[4]
Die Einfuhr aus Drittländern wird durch die sog. Abschöpfungen [5] wirksam minimiert; dagegen entwickelt sich die EWG zwangsläufig immer stärker zum Zuckerexporteur. Diese

---

1) Plate, R., Agrarmarktpolitik, Bd. 2, Die Agrarmärkte Deutschlands und der EWG, München-Basel-Wien 1970, S. 78
2) Vgl. Europäische Gemeinschaften, Agrarmarkt und Agrarpolitik in der Europ. Gemeinschaft, Brüssel, o.J., S. 37
3) EGKS-EWG-EAG, Memorandum zur Reform der Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft, Sonderbeilage zum Bulletin 1/1969 der Europäischen Gemeinschaften, S. 15
4) Vgl. Plate, R., a.a.O., S. 78
5) Abschöpfungen sind variable Importabgaben. Dieses Instrument dient dazu, die (in aller Regel billigeren) Einfuhren von Agrarprodukten auf das Preisniveau der EWG "hinaufzuschleusen" und so den EWG-Produzenten eine echte Preiskonkurrenz zu ersparen.

Ausfuhren werden ermöglicht durch ein System von Exporterstattungen, die sich auf die Höhe der Differenz zwischen Binnenmarktpreis der EWG und Weltmarktpreis belaufen.

Konsequent trat die EWG dem - 1968 zustandegekommenen - internationalen Zuckerabkommen nicht bei[1]: man hatte ihr "nur ein Ausfuhrkontingent von jährlich 3oo ooo t angeboten, während sie eines über 1,2 Mill. t gefordert hatte".[2]

So ist die Zuckerpolitik der EWG zwar nur unzureichend in der Lage, das Ziel der Sicherung eines befriedigenden Einkommensniveaus der Zuckerrübenproduzenten zu realisieren, sie ist demgegenüber in ihrer Exportpolitik aber sehr wohl in der Lage, internationale Versuche zur Stabilisierung des Zuckerweltmarktes zu behindern.

2.3 Versuch einer Beurteilung der Entwicklung nach einem britischen EWG-Beitritt

Aus diesen Zusammenhängen resultiert das Interesse der Zuckerüberschüsse produzierenden EWG-Länder an dem potentiellen Zuckerimporteur Großbritannien nach dessen EWG-Beitritt. Großbritannien, integriert in die EWG-Zuckermarktordnung, d.h. nach Auflösung des Commonwealth-Zuckerabkommens, könnte alle Absatzprobleme der Sechsergemeinschaft mit einem Schlag lösen.

Bei den ersten Beitrittsverhandlungen in den Jahren 1961-63, also vor Fertigstellung der EWG-Zuckermarktordnung, waren die EWG-Unterhändler noch bereit, einer Verlängerung des Commonwealth-Zuckerabkommens, auch über den britischen EWG-Beitritt hinaus, eventuell zuzustimmen[3]. Mittlerweile ist aber von einer derartigen Lösung keine Rede mehr. Zwar ist

---

1) Italien soll sich am stärksten gegen einen Beitritt der EWG zum internationalen Zuckerabkommen gewehrt haben.
2) Vgl. Plate, R., a.a.O., S. 78
3) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft - Kommission, Bericht an das Europäische Parlament über den Stand der Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich, Brüssel 1963, S. 67

Obwohl es sich bei Zucker um ein Erzeugnis handelt, bei dem die Frage des kostengünstigsten Standorts der Produktion (auf Weltebene) völlig eindeutig zu beantworten ist, nimmt der Anteil des (teureren) Rübenzuckers an der Weltproduktion zuungunsten des Rohrzuckers aus tropischen Gebieten weiter zu.[1)]

Es ist auch nach dem Beitritt Großbritanniens zur EWG kaum zu erwarten, daß die Zuckerpolitik der Gemeinschaft, "an example of highly developed countries combining to appease domestic pressure groups at the expense of underdeveloped countries,"[2)] grundlegend verändert, d.h. an den Bedürfnissen der Zucker exportierenden Länder der Dritten Welt orientiert wird.[3)]

Besonders in den Zuckerverhandlungen mit der EWG wird Großbritannien also zeigen können, aber auch müssen, ob es bereit ist, die Interessen der Exportländer des Commonwealth-Zuckerabkommens seinen eigenen, kurzfristigen Wirtschaftsinteressen zu opfern.

Aber selbst wenn die betroffenen Entwicklungsländer mit der EWG assoziiert würden, wären damit ihre Probleme nicht gelöst, denn auch die augenblicklich schon mit der Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Entwicklungsländer erhielten für Produkte, "die mit EWG-Erzeugnissen im Wettbewerb stehen (z.B. Reis, Zucker, Tabak) ... keinen freien Zugang zum

---

1) Vgl. Plate, R., a.a.O., S. 69, Grafik

2) Jones, D., a.a.o., S. 228; zu deutsch: "ein Beispiel für die Politik der Industrieländer, die heimischen Lobbies auf Kosten der Dritten Welt zu befriedigen."

3) Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Eppler, am 8. Juni d.J. von Mitarbeitern der Freiburger Aktion Dritte Welt befragt, ob er diesen Problemkreis schon einmal bei seinem Ministerkollegen Ertl angeschnitten habe, bejahte diese Frage. Allerdings habe er mit seinem Vorstoß bei seinem Gegenüber nur ein "müdes Lächeln" hervorrufen können ...

gemeinsamen Markt ..."[1] Zwei dieser Zucker exportierenden EWG-Assoziierten, Madagaskar und Kongo-Brazzaville beispielsweise, waren nur bis zum Ende des Jahres 1964/65 Nutznießer der französischen Zuckermarktregelung. Bis dahin hatte Frankreich ihnen bestimmte Importkontingente eingeräumt.[2] Bezeichnenderweise wurde gerade im Wirtschaftsjahr 1964/65 von den Sechs bei Zucker ein Selbstversorgungsgrad von 119,7% erzielt.[3]

An derartigen Beispielen zeigt sich einmal mehr, an wessen Interessen die EWG-Politik orientiert ist.

3. Politische Notwendigkeiten; Konsequenzen

Die skizzierten Zucker-Probleme der Dritten Welt im Zusammenhang mit dem britischen EWG-Beitritt müßten im Sinne einer politischen Strategie der "hautnahen Einzelforderungen"[4] schon heute zu einem festen Bestandteil der politischen Argumentation der oppositionellen Gruppen werden.

Es scheint so, daß sich auch diese spezielle "Erweiterung" der schon seit längerer Zeit in den Gruppen diskutierten Probleme des Zuckerweltmarktes recht gut vermitteln lassen.

Es muß so in einer langfristigen Strategie auf alle Fälle verhindert werden, daß die schon immer extrem egoistische Agrarpolitik der EWG (die in aller Regel von den Landwirtschaftslobbies gemacht wird) den Zucker exportierenden Ländern der Dritten Welt in der Folge des britischen EWG-Beitritts erneut großen wirtschaftlichen Schaden zufügt. fh

---

1) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Ansätze für eine internationale Agrarpolitik, in: Hausmitteilungen über Landwirtschaft 31. Okt. 1968, S. 66
2) EWG-Kommission, Hausmitteilungen über Landwirtschaft 15, Zucker, a.a.O., S. 82
3) Vgl. EWG SAEG, zit. nach: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Stellungnahme der Kommission an den Rat zu den Beitrittsgesuchen des Vereinigten Königreichs, Irlands, Dänemarks und Norwegens, Sonderbeilage zum Bulletin 9-1o/1969 der Europ. Gemeinschaften, S. 88,Tab.
4) Eine ausführliche Begründung für diese, von Globalforderungen etwas abrückende Strategie findet sich als Beilage zu dieser Ausgabe der "Blätter des i z 3 w".

PRIVATINVESTITIONEN

Die Konzerne der westlichen Industrieländer in der Dritten Welt

1. Beitrag: Der Beschäftigungs- und Einkommenseffekt

Vorbemerkungen, Begriffe

Der Begriff "Privatinvestitionen" ist ein Oberbegriff für Direktinvestitionen, längerfristige Exportkredite und Wertpapierinvestitionen.

Unter Direktinvestitionen, von denen in diesem Beitrag ausschließlich die Rede sein wird, versteht man Unternehmensgründungen und/oder Erwerb von Kapitalbeteiligungen durch Ausländer in Ländern der Dritten Welt: "The term, direct investment, is used to refer to investment made to create or expand some kind of permanent interest in an enterprise; it implies a degree of control over its management."[1]
Die Direktinvestitionenstatistik der USA erfaßt nur Kapitalbeteiligungen in Höhe von mindestens 25% des Gesamtkapitals einer Unternehmung; die entsprechenden deutschen Statistiken kennen eine derartige feste Mindestquote nicht.[2]

Die hier zu erörternde Fragestellung ist unseres Erachtens aus mehreren Gründen von großer Bedeutung:

Die Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung eines großen Teils der Bevölkerung ist eines der schwierigsten Probleme der Armen Welt. Die Schaffung von Einkommen für die armen Massen kann aber in der Regel nur durch die Schaffung von Arbeitsplätzen erfolgen.
Die zwischen Vertretern der kritischen Gruppen auf der einen und Vertretern aus Industrie und Regierung auf der anderen

---

1) International Monetary Fund, Balance of Payments Manual, Washington 1961, S. 118; zu deutsch: Der Begriff 'Direktinvestition' bezeichnet Investitionen, die zum Zwecke der Schaffung oder Ausweitung eines längerfristigen Geschäftsinteresses vorgenommen werden; Direktinvestitionen schließen einen gewissen Grad von Kontrolle über die Unternehmensführung mit ein.
2) Vgl. dazu etwa: Seifert, H., Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland, Köln-Opladen 1967, S. 3o

Seite geführten Auseinandersetzungen über den Wert bzw. Unwert von Direktinvestitionen in der Dritten Welt endeten in der Vergangenheit allzuoft mit einem "Sieg" von Industrie und Regierung. Deren Argumentation im Hinblick auf die obige Fragestellung lautet etwa so: 'Direktinvestitionen leisten einen Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt; sie schaffen auf diese Weise neue Einkommen und tragen so ihren Teil zur Hebung des allgemeinen Lebensstandards bei.'

Wenn dieses "Argument" richtig wäre, müßte man die Rolle der großen westlichen Konzerne in der Dritten WELT in der Tat etwas positiver beurteilen,als dies die kritischen Gruppen in der Vergangenheit getan haben.

Analyse

Es ist sicherlich richtig, daß jede Direktinvestition auch zur Beschäftigung von bis dahin (entweder offen oder verdeckt) Arbeitslosen führt.

Im Verhältnis zum Wert des Kapitals der Unternehmung ist die Zahl der neu beschäftigten Arbeitskräfte allerdings durchweg gering. Denn die großen Konzerne des Westens verwenden auch bei ihren Investitionen in der Dritten Welt dieselbe hochgezüchtete, d.h. arbeitssparende Technik, die von ihnen in den Industrieländern entwickelt wurde, weil dort-im Gegensatz zu den Ländern der Dritten Welt-Arbeitskräfte knapp sind.

Die Einkommen, die duch die zusätzlichen Arbeitsplätze entstehen, werden von ihren Beziehern zum größten Teil für den Kauf von Nahrungsmitteln verwendet,[1] was auch nicht verwunderlich

---

1) So errechnet Maynard für Lateinamerika einen Anteil der Nahrungsmittelausgaben an den Gesamtausgaben von 5o - 6o%, für Indien sogar einen solchen von 8o%. Dabei handelt es sich offensichtlich noch um Durchschnittswerte, d.h. mittlere und hohe Einkommen, die die Durchschnittsquote ja senken, sind mit einbezogen.
Maynard, G., Inflation in Economic Development, in: Nelson, E., Austin 196o, S. 1o2, Anm. 12
So auch Dittmar, M., Inflation in Entwicklungsländern als strukturbedingtes Problem, Berlin 1966, S. 5o: "Diese Arbeitskräfte werden nur ein geringes Versorgungsniveau erreichen. Daher wenden sie nach den bekannten Überlegungen einen großen Teil ihrer Einkommen für Nahrungsmittel und einen entsprechend

ist, wenn man bedenkt, daß Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt meist gleichbedeutend mit Hunger ist.

Die zusätzliche kaufkräftige Nachfrage nach Nahrungsmitteln trifft nun aber mit großer Wahrscheinlichkeit auf ein weitgehend unelastisches Angebot, d.h. der gestiegenen Nachfrage steht kein in gleichem Maße steigendes Angebot gegenüber. So wurde in vielen Entwicklungsländern die ohnehin nur geringfügige Steigerung der Nahrungsmittelproduktion vom Bevölkerungswachstum übertroffen, was gleichbedeutend ist mit einer absolut noch schlechter gewordenen Versorgungslage der armen Massen in der Dritten Welt.[1] (Aber selbst ein paralleles Wachstum von Bevölkerung und Nahrungsmittelproduktion kann mit einem Absinken des Ernährungsniveaus der Unterprivilegierten verbunden sein, wenn etwa die Großgrundbesitzer steigende Anteile ihrer Produktion exportieren. Indien z.B.,also eines der ärmsten Länder der Welt, exportiert Nahrungsmittel, etwa Zucker und Rindfleisch.
In einigen Ländern sank die landwirtschaftliche Produktion nicht **nur** relativ zur Bevölkerungsentwicklung, sondern sogar absolut ab; so etwa in Brasilien und Chile, wo die Mengenindizes der landwirtschaftlichen Produktion von 1963 = 1oo auf 1966 = 97 bzw. 95 fielen.[2]

...geringen Anteil für industrielle Konsumgüter auf."

1) So sank der Index der 'per capita food production' (zu deutsch: Pro-Kopf Produktion an Nahrungsmitteln) der Entwicklungsländer insgesamt von 1957-59 = 1oo über 1963/64 = 1o4 auf 1966 = 97 ab. "The most disturbing aspect of this slow growth in agriculture is the lag in the food component. On a per capita basis, food production has not advanced since 1963 in Africa, since 1962 in West Asia, and since 1961 in southern and south-eastern Asia. In Latin America it was no higher in 1966 than at the end of the 195o's and in other regions it was appreciably lower." Aus: United Nations, World Economic Survey, New York 1967, S. 162f
Zu deutsch: Der am stärksten beunruhigende Aspekt dieses langsamen Wachstums der Agrarproduktion ist das "Nachhinken" der Nahrungsmittelproduktion. Auf Pro-Kopf Basis berechnet, stieg die Nahrungsmittelproduktion seit 1963 in Afrika, seit 1962 in West-Asien und seit 1961 im südlichen und südöstlichen Asien nicht mehr an. In Lateinamerika war die Pro-Kopf Produktion an Nahrungsmitteln 1966 nicht höher als Ende der 5oer Jahre und in anderen Regionen war sie sogar spürbar geringer.

2) Vgl. dazu: "Deutsche Überseeische Bank" (Hrsg.), Lateinamerika-Wirtschaftliche Daten, Hamburg, Juni 1968, S. 6f

Eine so gekennzeichnete Situation - neue Arbeitsplätze und somit neue Einkommen in der Folge der ausländischen Direktinvestitionen auf der einen und eine hohe Unelastizität des Angebotes an den lebensnotwendigen Grundnahrungsmitteln auf der anderen Seite - hat in Marktwirtschaften bekanntlich Anpassungsprozesse des Angebots an die Nachfrage in Form steigender Preise zur Folge. So kann der eigentlich zu erwartende Wohlstandseffekt der durch die Direktinvestitionen neu geschaffenen Einkommen über Preissteigerungen, d.h. Kaufkraftverluste, verhindert bzw. sogar überkompensiert werden. Die Lohnbezieher <u>insgesamt</u> stehen sich dann nicht besser bzw. noch schlechter als ohne die ausländischen Direktinvestitionen. Zwar erreichen die neuen Einkommensbezieher auf diese Weise einen Lebensstandard, den sie, solange sie arbeitslos waren, nicht verwirklichen konnten; aber durch die Preissteigerungen in der Folge der Verwendung dieser neuen Einkommen erleiden alle anderen Lohnbezieher einen Verlust an Kaufkraft ihrer Einkommen und damit eine Verschlechterung ihres Versorgungsniveaus. Die Verbesserung der Lage der neu Beschäftigten kommt also durch eine Verschlechterung der Lage der übrigen Lohnbezieher zustande.

Dabei wirken diejenigen Direktinvestitionen stärker inflationär, die im Rohstoffsektor vorgenommen werden (z.B. im Bereich der Erdölgewinnung oder des Bergbaus). Diese Unternehmen produzieren nämlich fast ausschließlich für die Industrieländer (das Erdöl z.B. wird nach Gewinnung in die Industrieländer exportiert). Wenn auf diese Weise eine gestiegene Geldmenge auf ein nicht gestiegenes Güterangebot trifft, so heißt das, daß keine zusätzlichen Güter vorhanden sind, die mit dem vorhandenen zusätzlichen Geld (den neu geschaffenen Einkommen) gekauft werden könnten. Damit richtet sich die neue Nachfrage noch zusätzlich auf das schon vorhandene Güterangebot, wodurch sich zwangsläufig Preissteigerungen ergeben.

Demgegenüber werden solche Unternehmen, die Produkte für den Binnenmarkt des jeweiligen Landes herstellen (z.B. jede Art von industriellen Konsumgütern) weniger stark inflationär wirken, weil dem insgesamt erhöhten Einkommen (und damit der insgesamt erhöhten Nachfrage) dann auch ein erhöhtes Angebot an Gütern gegenübersteht. Allerdings handelt es sich bei diesen neu pro-

duzierten Gütern fast niemals um Nahrungsmittel, die ja für die Länder der Dritten Welt von überragender Bedeutung sind; d.h. aber, daß die Produkte der ausländischen Konzerne nur für eine kleine, schon relativ wohlhabende Käuferschicht erreichbar sind.

Chile und Brasilien beispielsweise, also zwei Länder, die einerseits durch den - oben schon erwähnten - Rückgang der Agrarproduktion zwischen 1963 und 1966 gekennzeichnet sind, und die andererseits bekanntlich durch ausländische Direktinvestitionen besonders "bevorzugt" sind, wiesen zwischen 196o und 1967 jährliche Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten von 25,o% bzw. sogar 54,9% auf.[1] In Uruguay stieg der Index der Lebenshaltungskosten von 1958 = 1oo auf 123o im Jahre 1966[2].

Diese Inflationsraten sind im Zusammenhang mit der Stagnation der Nahrungsmittelproduktion ein deutlicher Hinweis auf die Richtigkeit der analysierten Beziehungen zwischen ausländischen Direktinvestitionen und dem durch solche Investitionen - zumindest unter den gegebenen Bedingungen - nicht zu bewältigenden Problem des Massenelends in der Dritten Welt. Womit allerdings nicht ausgesagt werden soll, daß die vorhandenen Inflationsraten in voller Höhe durch die ausländischen Direktinvestitionen ausgelöst worden seien, es sind dafür auch noch eine Reihe anderer gewichtiger Faktoren verantwortlich.

Im übrigen läßt sich auch dann, wenn Länder der Dritten Welt nur geringe Inflationsraten aufweisen, daraus keineswegs folgern, daß ausländische Direktinvestitionen (falls vorhanden) dort nicht dieselben negativen Auswirkungen haben. Denn Preisindizes sind "kein korrekter Maßstab für das tatsächliche Gewicht dieser Ungleichgewichte (gemeint ist das Auseinander-

---

1) Internationaler Währungsfond, OECD, Weltbank, zit. nach: 2o. Jahresbericht der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt 1969, S. 45
2) Deutsche Überseeische Bank (Hrsg.), Lateinamerika - Wirtschaftliche Daten, Hamburg 1968, S. 23

klaffen von kaufkräftiger Nachfrage und Angebot, Anm. d. Verf.), soweit der Staat durch Preiskontrollen und -festsetzung in die freie Anpaasung der Preise an die Marktsituation eingreift."[1] Staatliche Preisfestsetzungen führen aber in der Regel recht schnell dazu, daß sich "schwarze Märkte" herausbilden und damit Preissteigerungen, die offiziell nicht als solche erfaßt werden.

Exkurs über die Ursachen der stagnierenden Nahrungsmittelproduktion in der Dritten Welt

Die Unelastizität des Angebots an Nahrungsmitteln in der Dritten Welt ist in erster Linie zu erklären aus den dort vorherrschenden Eigentumsverhältnissen an Grund und Boden.[2]

Das Latifundiensystem in den Ländern Lateinamerikas, wo jeweils eine winzige Grundbesitzerschicht über das gesamte anbaufähige Land verfügt,[3] ist in diesem Zusammenhang nur ein besonders fatäles Beispiel.

---

1) Dittmar, M., Inflation in Entwicklungsländern als strukturbedingtes Problem, a.a.O., S. 35

2) Vgl. etwa auch: Dams, Th., Nahrungsmittelhilfe - Ein Beitrag zur Beseitigung des Hungers in der Welt? in: MISEREOR aktuell, Aachen, März 1969, S. 25: "Ein weiterer Hinderungsgrund, der einer Nahrungsmittelsteigerung im Wege steht, ist die seit langem überfällige Reform veralteter Agrarstrukturen, bei denen der Landbebauer entweder in eine Feudalverfassung oder in traditionale Gesellschaften eingebunden ist. In beiden Fällen warten landhungrige Massen, um mit ihrer Hände Arbeit ihr tägliches Brot auf eigenem Boden zu gewinnen. - Es gilt, in diesen Ländern die 'Marginalen Gruppen' in Selbsthilfebewegungen zu motivieren und zu aktivieren - jene große Zahl von Landnutzern, die nur sehr unvollkommen an den Ergebnissen wirtschaftlichen Wachstums - gegenüber einer parasitären Überschicht - und an den politischen Entscheidungen der Gesellschaft beteiligt sind."

3) Vgl. dazu Feltrinelli, G. (Hrsg.), Lateinamerika - Ein zweites Vietnam? Reinbek 1968, S. 411: "So verfügen in Chile etwa o,3% der Landeigentümer über 52% des Bodens, während 74% nur 4,7% besitzen. In Brasilien besitzen 1o% 77% des Bodens, in Argentinien verfügen 32o Familien über 4o% der gesamten Landfläche. In Venezuela umfassen 4,4% der landwirtschaftlichen Betriebe 78,8% des Bodens, in Paraguay besitzen gar 4,9% der Betriebe 95% des Bodens.

Diese Großgrundbesitzer, die ihre Pächter und Landarbeiter wie Sklaven halten, haben keinerlei Interesse an einer Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion - in den Latifundien liegen z.T. weite Gebiete landwirtschaftlich nutzbaren Bodens brach - sie wissen, daß ihnen die verfügbaren Einkommen der Lohnbezieher auch so fast völlig zufließen.

Es ist klar, daß auch vom Subsistenzbereich[1] her keine marktgerechte Reaktion zu erwarten ist, d.h. die Subsistenzwirtschaften werden nicht in der Lage sein, den Anreiz der Preissteigerungen bei Agrarprodukten durch eine Ausweitung der Angebotsmenge am Markt zu beantworten.

Das liegt zum einen daran, daß der Anteil der für den Markt zur Verfügung stehenden Produktion (der "marketable surplus") dieser - intensiv genutzten - kleinen und kleinsten Betriebseinheiten mit den gegebenen Mitteln meist gar nicht gesteigert werden kann, zum anderen daran, daß auch ein sehr großer Teil der Kleinbauern in den Subsistenzwirtschaften keine Eigentümer sind, sondern lediglich Pächter, und in der Regel einen konstanten Prozentsatz ihrer Produktionserträge als Pachtabgaben aufbringen müssen. Das bedeutet nichts anderes, als daß eine gestiegene Produktion mit ebenfalls gestiegenen Abgaben "bestraft" wird.

"In Südostasien, wo Pachtboden besonders knapp und begehrt ist, sind bis zu 50% des Produktionsertrages an den Landeigentümer abzuführen."[2]

In Lateinamerika liegen die entsprechenden Sätze niedriger.

Hinzu kommt, daß die Kleinbauern häufig stark verschuldet sind und sich infolgedessen auch gar keine zusätzlichen Finanzierungsmittel beschaffen können, um ihre Anbaumethoden zu modernisieren und so den Ertrag zu steigern.

---

1) Unter dem Subsistenzbereich versteht man diejenigen landwirtschaftlichen Produktionseinheiten, die ganz oder überwiegend nur auf die Eigenversorgung (also nicht auf den Markt) ausgerichtet sind.

2) Vgl. United Nations, Problems of Agrarian Structure in Underdeveloped Countries; in: Okun, B. und R.W. Richardson (Hrsg.), Studies in Economic Development, New York 1961, S. 378

In Indien etwa werden die Kleinbauern durch Geldverleiher und Großgrundbesitzer in der Weise in permanenter Verschuldung gehalten und ausgebeutet, daß ihnen für gesicherte Kredite zwischen 12% und 50% und für ungesicherte Kredite bis zu 300% an Zinsen abverlangt wird.[1]

Ja, z.T. werden für den Inlandsmarkt bestimmte Nahrungsmittel von den Großgrundbesitzern und Großhändlern geradezu in der sicheren Erwartung gehortet, daß eine weitere Verschärfung der Versorgungssituation der Masse der Bevölkerung zu Preissteigerungen führen muß, die sich bei ihnen dann als Gewinnsteigerungen niederschlagen. Eine Studie der Vereinten Nationen berichtet solche Fälle aus Indien.[2]

Aber auch vom Außenhandel her ist die notwendige Erhöhung des im Inland zur Verfügung stehenden Angebots an Nahrungsmitteln **nicht** zu erwarten. Denn: "Der freie Zufluß von Agrarimporten, der die Lücke zwischen heimischer Produktion und inländischer Nachfrage bei herrschendem Preis schließen könnte, wird unterbunden.[3]

Fortsetzung der Analyse

Zusammenfassend kann also an dieser Stelle gesagt werden, daß die ausländischen Direktinvestitionen im Zusammenhang mit der Unelastizität des Angebots an Nahrungsmitteln gesamtwirtschaftlich die zunächst durchaus positiven Beschäftigungs- und Einkommenswirkungen zunichte machen.

Die somit notwendige gesamtwirtschaftliche Beurteilung der westlichen Konzerne bei ihren Investitionen in der Dritten Welt überfordern zweifellos die Manager der Konzerne selbst, ganz abgesehen davon, daß derartige Überlegungen auch gar nicht in ihrem, ausschließlich profitorientierten, Interesse liegen.

---

1) Vgl. ebenda, S. 378
2) Vgl. United Nations, ECAFE (Economic Survey of Asia and the Far East), 1964, Bangkok 1965, S. 161
3) Dittmar, M., Inflation in Entwicklungsländern als strukturbedingtes Problem, a.a.O., S. 135; diese Feststellung ist in der Ausschließlichkeit ihrer Formulierung nicht ganz korrekt, tendentiell wird man Dittmar aber zustimmen müssen.

Eine auf den Einzelbetrieb verengte Blickrichtung sieht ausschließlich eine gewisse materielle Besserstellung der Betriebsangehörigen selbst (die sicher nicht geleugnet werden kann), eine derartige Sichtweise macht aber unfähig zu erkennen, ob diese gewisse Verbesserung der Lage der Betriebsangehörigen nicht vielleicht auf Kosten anderer gesellschaftlicher Gruppen geht.

In den entsprechenden Diskussionen mit den Verteidigern der Politik der großen westlichen Konzerne in der Dritten Welt kommt es also wesentlich darauf an, den Unterschied zwischen einzelwirtschaftlichem Nutzen (für die neu Beschäftigten) und gesamtwirtschaftlicher Stagnation (durch Inflation, d.h. Kaufkraftschwund und damit sinkendem Versorgungsniveau für alle übrigen Lohnbezieher) herauszuarbeiten.

Die Wichtigkeit dieser Unterscheidung zeigt sich in anderer Form auch besonders bei den Direktinvestitionen im Bereich der verarbeitenden Industrie:
Man muß nämlich berücksichtigen, daß die Regierungen der Entwicklungsländer mit der Genehmigung der ausländischen Unternehmensgründungen entweder Konkurrenz für die schon vorhandene, vergleichbare Produktion im Inland schaffen, oder aber den investierenden Ausländern gar eine Monopolstellung auf dem Inlandsmarkt zubilligen.

Wenn etwa die BASF bis 1975 in Lateinamerika Investitionen in Höhe von 1 Milliarde DM vornehmen will[1], so wird das gleichbedeutend sein mit einer gewaltigen Marktmacht dieses westdeutschen Konzerns auf dem gesamten Halbkontinent. Auf ungewisse Zeit wird jeder lateinamerikanische Versuch, in diesem Bereich selbständig zu werden, aufgrund der überlegenen technologischen und Kapitalmacht der BASF zum Scheitern verurteilt sein.

Fällt den ausländischen Konzernen aber nicht sofort eine Monopolstellung zu, treten sie also mit inländischen Produzenten in Konkurrenz, so sind die negativen Folgen häufig noch größer: Schumacher, der sich eingehend mit diesen Zu-

---

1) Vgl. etwa: Frankfurter Rundschau vom 9. 12. 69

sammenhängen befaßt hat, beschreibt diesen Prozeß so: "Das Entstehen von modernen Produktionsstätten in einigen wenigen Metropolen zerstört in kürzester Zeit alle gleichartige Produktion im übrigen Lande, und das übrige Land nimmt für das dadurch entstandene Elend Revanche durch Massenflucht in die Metropolen, die nun ihrerseits auch in Elendsgebiete verwandelt werden."[1] Frank weist die Richtigkeit dieser Zusammenhänge, die Schumacher am Beispiel Indiens entwickelt, auch für Brasilien nach.[2]

Diese Art von Direktinvestitionen erweist sich also als direkt verantwortlich für das Entstehen von slums, favelas, bidonvilles, shanty towns und wie die Gürtel des Elends um die großen Städte in der Dritten Welt sonst noch heißen mögen.

Aus dieser Analyse folgt auch eine scharfe Kritik an den "Entwicklungsexperten", die für den vorrangigen Ausbau der Infrastruktur, speziell des Transportwesens, plädieren. Dagegen ist festzuhalten, daß die beschriebene Zerstörung der inländischen Produktion durch die ausländischen Konzerne erst ermöglicht wird durch eine hohe Mobilität von Gütern und Personen. Den inländischen, mit den Konzernen konkurrierenden Unternehmen fehlt damit ein natürlicher Schutz, wie es ihn zu Beginn der Industrialisierung im europäischen Raum durchaus gab. Denn in vielen Entwicklungsländern "ist in der Regel das Transportwesen der modernste Teil der gesamten Volkswirtschaft."[3]

Aus dieser Sicht erscheint einmal mehr die öffentliche "Entwicklungshilfe", insbesondere die Kapitalhilfe, mit der ja in erster Linie Infrastrukturinvestitionen finanziert werden, lediglich als flankierende Politik zum Nutzen der privaten Direktinvestitionen.

---

1) Schumacher, E.F., in: Entwicklungshilfe - Mittel des Aufstiegs oder des Verfalls? Hamburg - Berlin 1965, S. 2of
2) Frank, G., Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt 1968, S. 211f
3) Schumacher, E.F., in: Entwicklungshilfe-Mittel des Aufstiegs oder des Verfalls? a.a.O., S. 22

Neben den oben beschriebenen inflationären Wirkungen, die die Direktinvestitionen mit hoher Wahrscheinlichkeit zur Folge haben und die es verhindern, daß die (im Prinzip zweifellos positiven) Beschäftigungs- und Einkommenswirkungen solcher Investitionen sich positiv für das Versorgungsniveau der armen Massen insgesamt auswirken, ist die Monopolisierung der Märkte der Dritten Welt durch die (im Bereich der verarbeitenden Industrie vorgenommenen) ausländischen Direktinvestitionen der zweite, wesentliche negative Effekt dieser Unternehmensgründungen (im Rahmen der hier auf Beschäftigungs- und Einkommenswirkungen begrenzten Fragestellung.)

Die westlichen Konzerne führen zu jenen "ubiquitous excesses of monopoly"[1], von denen Balogh spricht. Dies geschieht entweder unmittelbar oder durch (ganz oder teilweise) Vernichtung der einheimischen Konkurrenz.

Es liegt auf der Hand, daß die Vernichtung von schon bestehenden, einheimischen Produktionen in der Dritten Welt durch die westlichen Konzerne gleichbedeutend ist mit erhöhter Arbeitslosigkeit, mit insgesamt sinkenden Einkommen und mit sinkendem Versorgungsniveau der armen Massen insgesamt.

Hinzu kommt, daß die Länder der Dritten Welt durch die Monopolisierung ihrer Märkte langfristige Wachstumsverluste (und damit Beschäftigungs- und Einkommensverluste) erleiden. Denn die großen Konzerne können - aller Erfahrung nach - ihre einmal errungene Marktmacht wirksam verteidigen und jeden Versuch von "Eindringlingen", in ihre"reservierte"Machtsphäre vorzudringen, erfolgreich abblocken.[2]

Auch im Hinblick auf die erörterte Vernichtung einheimischer Produktion in der Dritten Welt durch die großen westlichen Konzerne ist es klar, daß zumindest die Unternehmer selbst nicht in der Lage sind (oder zumindest kein Interesse daran haben), derartige Zusammenhänge zu erkennen und darzustellen.

---

1) Balogh, Th., Economic Policy and the Price System, in: United Nations, Economic Bulletin for Latin America, Vol. VI, No. 1, März 1961, S. 5o; zu deutsch: zu jenen "überall zu findenden übermäßigen Monopolstellungen"; im sel-

Hier genau liegt aber wiederum der Unterschied zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Rentabilität.

Wenn das wirtschaftliche Wachstum der einen (der Konzerne) zustande kommt durch wirtschaftliche Verluste anderer (durch Verdrängung, Vernichtung vergleichbarer einheimischer Produktion), dann ist es selbstverständlich falsch und irreführend, wenn aus der Tatsache der wirtschaftlichen Prosperität der Konzerne gefolgert wird, daß diese Unternehmen auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes als ganzem nützlich seien. Genau dieser Trugschluß muß als solcher erkannt und bekämpft werden.

fh

... ben Sinne äußert sich auch Bohrisch, A., Probleme privater Auslandsinvesttionen in Mexico, Hamburg 1969, S. 41: "Diese gelegentlich zum Ausdruck kommende Furcht vor einer Überfremdung ist insofern begründet, als die kaufmännische, technische und finanzielle Überlegenheit der ausländischen, insbesondere US-amerikanischen Konzerne gegenüber dem einheimischen Unternehmen in vielen Bereichen groß ist, so daß der Verdrängungsprozeß verhältnismäßig schnell eintritt."

2) Ein sehr guter, allgemeiner Überblick über die Machtmittel von Konzernen findet sich in: Arndt, H., Macht, Konkurrenz und Demokratie, in: Grosser, D. (Hrsg.), Konzentration ohne Kontrolle, Köln und Opladen 1969, S. 23-82

REZENSION

Entwicklungspolitik - ein Beispiel

Der Arbeitskreis "rostra theologica" in der Aktion Selbstbesteuerung hat mit der Veranstaltungsmappe "Entwicklungspolitik am Beispiel Tansania" den didaktisch mustergültigen Entwurf einer Arbeitsunterlage für ein Wochenendseminar bzw. für einen vier Abende umfassenden Seminarzyklus vorgelegt. Dieser Entwurf ist didaktisch als mustergültig zu bezeichnen ...

- weil auch nicht vorinformierte Seminarteilnehmer hierin an keiner Stelle geistig überfordert werden,
- weil die notwendigen Informationen nicht über eine Informationsdusche von Seiten eines dozierenden Referenten in das Seminar eingebracht und anschließend nur von einigen selbstbewußten, weil wortgewandten Seminarteilnehmern "frei nach Schnauze" und Einfall dieskutiert werden, sondern weil die Informationen von kleinen Arbeitsgruppen aus den beiliegenden Texten herauszuarbeiten sind und zu einem wesentlichen Teil auch hier - also in einem kleinen überschaubaren Personenkreis anhand einer vorgegebenen Orientierungslinie diskutiert oder vordiskutiert werden (vordiskutiert für den Informationsaustausch der verschiedenen Arbeitsgruppen in den dreifach eingeschobenen Plenumsitzungen,
- weil zumindest der Idee nach die Behandlung von Ursachen und Erscheinungsbildern der Unterentwicklung in der Dritten Welt von e i n e m Punkt her aufgezogen wird, so daß sich für den "Anfänger" die Fäden, denen er in diesem Seminar nachzugehen hat, sich nicht sofort in Widersprüchen, Unklarheiten und Infotmationskomplexität verstrikken.

Inhaltlich bleiben allerdings zwei Dinge etwas unverständlich:

1) Warum von dem Autorenkollektiv gerade Tansania zum Einstieg in die Entwicklungsproblematik der Entwicklungsländer gewählt worden ist?
Gerade Tansania ist doch als ein sozialistisches, von ausländischem Kapital unabhängiges Land, untypisch für die überwiegende Mehrzahl der Entwicklungsländer. Somit läßt sich am Fall Tansania weder die für E.L. so typische interne klassen- oder kastenbedingte Ausbeutung der breiten Bevölkerung konkretisieren, noch läßt sich an Tansania zeigen, wie über bestimmte Formen der Entwicklungshilfe oder des privatwirtschaftlichen ausländischen Kapitalzuflusses entwicklungshemmende Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen perpetuiert oder initiiert werden.

2) Warum wird im dritten Teil der Arbeitspapiere, nachdem man vorhergehend in einigen Auszügen aus Nyerere-Reden die Zweifelhaftigkeit der Entwicklungspolitik der Industrienationen anklingen ließ, wieder nur oder in erster Instanz die geringen Entwicklungshilfeaufwendungen der Industrienationen beklagt? Wäre es nicht sinnvoller, zu allererst die Vergabepraxis der Entwicklungspolitik

beispielsweise der BRD zu kritisieren und erst nach einer Korrektur des politischen Vorzeichens, mit dem die E.P., BRD und anderer Industrienationen versehen ist, eine Ausweitung der E.H.-Leistungen zu fordern?

Kritikpunkt eins soll den Wert der Arbeitsmappe nicht unbedingt schmälern. Es soll lediglich der Anspruch auf Repräsentativität zurückgewiesen werden. Stattdessen sollte diese Seminarsmappe Tansania als ein Positivbeispiel vorstellen - Tansania als ein Beispiel dafür, wie ein sozialistischer Entwicklungsansatz zu einer humaneren, sozial gerechteren und langfristig wahrscheinlich auch schnelleren Entwicklung führen kann.
Zum zweiten hier beanstandeten Punkt kann gesagt werden, daß die Seminarteilnehmer mit Sicherheit selbst über ihn stolpern werden und sich vermutlich der gleichen Kritik anschließen werden.
Unter diesen beiden genannten Prämissen ist die Arbeitsmappe unbedingt zu empfehlen.

si ba

zu beziehen durch:

Burckardthaus-Verlag
646o Gelnhausen
Herzbachweg 2

BUCHBERICHT

über: H. Adam, "Südafrika - Soziologie einer Rassengesellschaft", edition suhrkamp Nr. 343, Frankfurt 1969, DM 4,--

Der Verfasser ist Soziologe. Er hielt sich 1966 und 1967 in der SAU (Südafrikanische Republik) auf.

Alle Voraussagen über den Zusammenbruch der Regierung der weißen Minderheit haben sich als falsch erwiesen. Im Gegenteil: Die SAU konnte ihre Positionen von Jahr zu Jahr verbessern.

Außerdem könnte die SAU für die weiße Minderheit in den Industrieländern das Modell sein, wie man die farbige Mehrheit in den Entwicklungsländern auch weiterhin politisch und wirtschaftlich beherrschen kann.

Ein Blick in Geschichte und Wirtschaft der SAU verdeutlicht dies:

Seit 17oo verließen die sog. "trekboers" (ursprünglich aus Holland nach Südafrika eingewandert) Kapstadt und zogen als halb-

nomadisierende Viehzüchter ins Innere. Körperliche Arbeit war verpönt. Sie wurde von Afrikanern gemacht. Schon damals begann also die Abhängigkeit der Buren von nicht-weißer Arbeit. Seinerzeit noch weit entfernt von Apartheits-Ideen heirateten die Buren Hottentottenfrauen.

Zwischen 1795 und 182o eroberte England Kapstadt. 12 ooo Buren verließen die Kolonie und gründeten unabhängige "voortrekker"-Republiken im Inneren. Dabei kam es zu heftigen Kämpfen mit Bantustämmen.

1869 wurden Diamanten in Kimberley entdeckt, kurz darauf Gold in Johannesburg. Um diese Bodenschätze ausbeuten zu können, bekämpfte England erfolgreich die Buren-Republiken (transvaal und Oranje-Freistaat) und machte auch sie zu Kolonien.

Dies war die Geburtsstunde der Apartheid und der heutigen Situation. Eine Wirtschaftspolitik des laissez-faire und der Konkurrenzdruck der billigen und massenhaft vorhandenen afrikanischen Arbeiter schafften ein weißes Proletariat. Es war klar, daß diese verarmten Weißen nur durch staatliche Protektion wieder hochkommen konnten. Vor ihren afrikanischen Arbeitskollegen zeichneten sie sich lediglich durch die weiße Pigmentierung ihrer Haut aus. Da die Buren den Engländern zahlenmäßig überlegen waren, setzten sie sich gegenüber der englischen Minenindustrie durch. Mit Streiks und politischem Druck erreichten sie die "civilized labour policy": Die Afrikaner wurden gesetzlich auf Hilfsarbeitertätigkeit beschränkt. Als Gegenleistung wurde auf die Sozialisierung der Minen verzichtet.

Spätestens seit diesem mit den klassischen Mitteln der parlamentarischen Demokratie erfochtenen Sieg mußten die Weißen, um ihre wirtschaftliche Vorrangstellung zu erhalten, darauf achten, mit allen Mitteln den Zustand zu erhalten, daß lediglich die weiße Hautfarbe darüber entscheidet, wer politische Entscheidungsrechte und die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel hat und wer Herrschaftsrechte über andere Weiße ausüben darf.

Seitdem ist zwar unter den Weißen viel über die Taktik, wie dies am besten zu erreichen sei, gestritten worden. Das Prinzip der weißen Herrschaft jedoch stand niemals zur Diskussion.

Schon 1910 erhält die SAU das Selbstverwaltungsrecht im Commonwealth. 1912 wird der ANC (African National Congress) gegründet.

196o kommt es zu Demonstrationen. Der kämpferische PAC (Pan-African Congress) wird gegründet. Der Ausnahmezustand wird verhängt. Die SAU tritt aus dem Commonwealth aus. Die daraufhin folgende Wirtschaftskrise wird durch eine Mobilisierung der eigenen Reserven in einen großen Wirtschafts-Boom umgewandelt. Die wirtschaftliche Stärke und Unabhängigkeit der SAU wächst beachtlich. Jede Oppositionelle Betätigung für Nicht-Weiße in eigenen Organisationen wird verboten. Seitdem hat die weiße Minderheit (19% der Gesamtbevölkerung) keine Schwierigkeiten mehr mit den 12,8 Mio. Afrikanern (68%), 1,9 Mio. Mischlingen (1o%), und o,6 Mio. Asiaten (3% - Japaner sind übrigens zu Ehren-Weißen erklärt worden!) gehabt.

Das System funktioniert immer besser: die neuere Entwicklung geht dahin, nicht mehr die Minderwertigkeit der Nicht-Weißen zu betonen, sondern ihre Verschiedenartigkeit. Jede Rasse soll "ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen". Daraus folgt dann logisch die Politik der Trennung der Rassen: Die Weißen sollen in weißen Gebieten wohnen, die Schwarzen in schwarzen (sogenannten Bantustans), die Gelben in gelben, usf.

Schon jetzt sind alle Lebensbereiche gesetzlich nach den Rassen getrennt.

In der Praxis geht es natürlich nicht um ein gleichberechtigtes Nebeneinanderleben. Vielmehr ist dies ein neuer und sehr erfolgreicher Weg, um die Herrschaft der weißen Minderheit weiter zu sichern und auszubauen.

Die Selbstverwaltung in den Bantustans nützt den Afrikanern überhaupt nichts. Sie sind überbevölkert. Es gibt kaum Arbeitsplätze. Schon um ihre Steuern bezahlen zu können, sind die Afrikaner gezwungen, in den weißen Gebieten, wo sie keinerlei politische Rechte haben, und durch rigorose Paß-Gesetze in ihrer Bewegungsfreiheit weitgehend eingeengt sind, Arbeit zu suchen.

Die Bantustans sind politisch und wirtschaftlich völlig von der weißen Regierung in Pretoria abhängig.

Es wird so ein Überdruckventil geschaffen: Politisch Ehrgeizigen werden Aufstiegsmöglichkeiten in der Selbstverwaltung geboten; die Unzufriedenheit der Beherrschten wird auf Leute ihrer eigenen Rasse gelenkt. Außerdem wird die weiße Minderheit dadurch von lästiger "Detail-Beherrschung" frei.

Der "Vorteil" dieser Regelung ist, daß die Afrikaner an ihren Stammsitzen Rechte erhalten, die ihnen nichts nützen, aber weiterhin gezwungen sind, in den "weißen Gebieten" zu arbeiten. Und darauf kommt es der Industrie und den Goldminen entscheidend an. Nur durch die billige Arbeitskraft der Afrikaner sind ihre Betriebe rentabel. Die Löhne eines afrikanischen und eines weißen Industriearbeiters stehen im Verhältnis 1:5. In den Goldminen ist das Lohnverhältnis sogar 1:17 (65% der Minenarbeiter kommen von außerhalb, besonders aus Mozambique).

Und nichts, aber auch gar nichts spricht dafür, daß sich an diesen Zuständen etwas ändern könnte.

Zwar ist die SAU ein "demokratischer Rechtsstaat" mit Wahlen, oppositionellen Parteien, Pressefreiheit, unabhängigen Richtern, etc., etc., eine Veränderung der Machtverhältnisse wird dennoch wirksam verhindert.

Nicht-Weiße haben, wie gesagt, in den weißen Gebieten ohnehin keinerlei politische Rechte. Sie dürfen weder wählen, noch sich politisch oder sich gewerkschaftlich organisieren, weder streiken, noch demonstrieren.

Aber auch die legale weiße Opposition (die englischsprachige Presse, die Progressive Party, die Nationale Studenten-Union ⁄ NUSAS ⁄, der Black Sash - eine Frauenorganisation - und das Institute of Race Relations) ist völlig machtlos. Als "kommunistisch" sind alle Bestrebungen definiert und damit strafbar, die die bestehende Ordnung verändern wollen. Die politische Polizei hat weitgehende Machtbefugnisse unter Ausschließung der ordentlichen Gerichte. Polizeispitzel, Isolierungs- und Stehzellen, unbeschränkte Verhörzeiten, "gewöhnliche" Polizeibrutalität, Abschiebung ins Ausland, Deportationen und Bannverfügungen und die feste Überzeugung der überwältigenden Mehrheit der weißen Bevölkerung sorgen dafür, daß die weiße Opposition ein bloßes freiheitliches Feigenblatt bleibt. Ohnehin ist eine organisierte Opposition besser zu überwachen. Als Buh-Mann dient sie dazu, die weiße Mehrheit trotz aller Interessengegensätze zusammenzuhalten. Jede gefährliche Entwicklung könnte jederzeit durch entsprechende Gesetze - wie z.B. 1967 durch das Terroristengesetz - abgestoppt werden. Außerdem will auch die weiße Opposition meist nicht die Apartheid an sich abschaffen, sondern lediglich "erträglicher und gerechter" machen.

Die SAU hat es also geschafft. Eine weiße Minderheit entscheidet allein und ausschließlich über alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Eine wirksame weiße Opposition dagegen gibt es nicht. Die nicht-weiße Opposition konnte 1960 endgültig ausgeschaltet werden. Die weiße Minderheit beutet zwar die Arbeitskraft (vor allem der afrikanischen) Mehrheit aus, bei dieser kam es jedoch weder zu einer allgemeinen politischen Bewußtwerdung noch zu einer Solidarisierung. Eine früh einsetzende Sozialpolitik verhinderte nämlich extreme und damit gefährliche Armut. Für Industriearbeiter gibt es eine fast kostenlose ärztliche Versorgung, Schulen, und die Slums wurden saniert. Die (wenn auch minimale Steigerung) der Löhne führte zu einer unpolitischen Konsumhaltung und dazu, daß hier allmählich ein Verbrauchermarkt für die aufstrebende Sekundärindustrie entsteht. Da man im privaten Bereich ziemlich unbehelligt bleibt, solange man sich nicht politisch betätigt, politische Betätigung aber erfolgreich bespitzelt (in den afrikanischen Vorstädten unterhält man sich nicht über Politik, das tun nur Spitzel) und ggf. heftigst unterdrückt wird, bleiben die Massen völlig apolitisch. Man ist mit seinem Lohn zufrieden.

Noch weniger kommt es zu einer Solidarisierung der verschiedenen Rassen. Die Afrikaner finden in den Wucherpreisen der indischen Händler und in den indischen Vorarbeitern ihren Agressionsersatz für die weiße Unterdrückung. Die Inder konzentrieren sich auf ihre Kultur, weil ihnen die politischen Rechte verweigert werden; sie distanzieren sich von den "unzivilisierten" Afrikanern und ziehen einer möglichen afrikanischen die weiße Herrschaft vor.

Die SAU ist die stärkste wirtschaftliche und militärische Macht in ganz Afrika und fast vollständig autark. Eine Änderung der

Machtverhältnisse scheint daher durch äußere Umstände - politisch-diplomatischer Druck, Boykott oder militärische Angriffe (auch Guerillas können wegen der bislang fehlenden Unterstützung durch die Bevölkerung gegenwärtig keinen Erfolg haben) - genauso aussichtslos zu sein wie die Hoffnung auf eine Veränderung durch eine interne Opposition.

Adam meint nun, dieses pragmatische Apartheids-Modell könnte eines Tages ebenso erfolgreich für die Beherrschung der Entwicklungsländer durch die weiße Minderheit in den Industrie-Nationen übernommen werden:

Räumliche Trennung - und"getrennte Entwicklung"- Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskraft - Benutzung als Absatzmarkt - militärische Absicherung und indirekte Beherrschung - (durch das Überlassen einer machtlosen, aber aggressions-aufzehrenden Selbstverwaltung) - und damit, wie das ja schon heute der Fall ist, Reichtum weniger auf Kosten der Mehrheit.

Nach Adam könnte die Apartheid allenfalls durch system-immanente Zwänge verändert werden. Durch den Zwang nämlich, einige Nicht-Weiße auch zu qualifizierten Arbeiten zuzulassen - was schon heute teilweise der Fall ist - weil die weißen Arbeitskräfte nicht ausreichen. Außerdem ist die Sekundärindustrie an einer allgemeinen Steigerung der Löhne der Nicht-Weißen interessiert, um sich dort einen Markt zu schaffen. Es könnte sein, daß dann aus der Rassen- eine naturgemäß nicht minder oppressive und ausbeuterische Klassengesellschaft würde.

h t

. -- .

Literatur-Hinweis:

Kursbuch 21: Dreieck Bonn - Lisboa - Johannesburg - ein Beispiel neokolonialistischer Ausbeutung (auch wegen Cabora-Bassa interessant)
und die Zeitung X-Ray der Anti-Apartheids-Bewegung in London

. -- .

NACHRICHTEN

1. Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3o. 9. 7o

"Zwischen einem internationalen Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank AG und mit Führung der Banque de Paris et de Pays Bas finden zur Zeit mit der Republik Südafrika Verhandlungen über eine 1oo-Millionen-DM-Anleihe statt ..."

2. Aus: Frankfurter Rundschau vom 3. 1o. 7o

"Die Weizendenaturierung (d.h. die Vernichtung durch Ungenieß-

barmachen für den menschlichen Verbrauch) hat in den vergangenen Wocheneinen ganz enormen Umfang erreicht. Während nämlich im vergangenen Jahr bis zum 15. September nur für 75 ooo Tonnen Anträge auf Denaturierung gestellt wurden, waren es in der gleichen Zeit des laufenden Jahres schon für über 37o ooo Tonnen. Die Denaturierung hat damit eine Rekordhöhe erreicht. Bezogen auf die Gesamtweizenernte der Bundesrepublik 197o in Höhe von 5,6 Millionen Tonnen wurden auf diesem Wege immerhin schon knapp 6 Prozent verwertet ..."

3. Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. 1o. 7o

"Einen scharfen gemeinsamen Protest haben die Arbeitnehmer - und Arbeitgeberorganisationen der EWG-Textilindustrie gegen die geplante Gewährung von Zollpräferenzen für Entwicklungsländer im Textilbereich an den Präsidenten der Europäischen Kommission, Franco Malfatti, gerichtet. Im Anschluß an eine gemeinsame Sitzung in Amsterdam erklärten die Sozialpartner der Textilwirtschaft, sie könnten es nicht hinnehmen, daß einzig die EWG Zollfreiheit für Textilerzeugnisse zugestehen soll, während die anderen großen Industrieländer die Textilindustrie auf die Ausnahmeliste setzten oder neue Beschränkungen erlassen ..."

4. Aus: Ärztliche Praxis, Nr. 51, 197o

Die in ihrer personellen Zusammensetzung als durchaus konservativ zu bezeichnende Konferenz der Direktoren der Europäischen Tropeninstitute hat in einer Presseerklärung zum Pearson-Bericht u.a. die folgende schwerwiegende Kritik geäußert:

"Wir sind ernsthaft betroffen sowohl vom geringen Umfang ... wie auch von der oft irrigen und allzu optimistischen Darstellung der gegenwärtigen Gesundheitslage in den Entwicklungsländern.

Wir können ... die Auffassung nicht teilen, daß Aufwendungen zur Hebung der Gesundheit im Kindesalter unrentabel seien. Wir möchten hoffen, daß künftige Berichte der Bedeutung des Gesundheitswesens für die Entwicklungsländer besser Rechnung tragen als der vorliegende".

5. Aus: Die Welt, vom 7. 11. 7o

PORTUGAL

Wir führen ein Hotelprojekt in der Algarve durch. Wir suchen zur Vorfinanzierung:

Kapitalbeteiligungen (100 000 bis 500 000 DM)

Unser Projekt nutzt die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten des Entwicklungshilfegesetzes.

Zuschriften unt. PH 33 431 an WELT-Verlag, 2 Hamburg 36, Postf.

AUSBEUTUNG IM SPIEGEL DER PRESSE

1."Man stelle sich vor: Bonn soll mit Rebellen verhandeln, deren erklärtes Ziel es ist, das NATO-Mitglied Portugal, mit dem Bonn offizielle diplomatische Beziehungen unterhält, aus Afrika zu vertreiben. Wer solche Argumente gebraucht, sollte schleunigst einen Kursus über die internationalen politischen Gepflogenheiten besuchen. Oder aber er möge sich nicht mehr darüber aufregen, wenn die amerikanische CIA versucht, mit Hilfe der Opposition in fremden Ländern mißliebige Regierungen zu stürzen."

So der CDU-nahe "Rheinische Merkur" vom 31. 7. 7o zu der Forderung progressiver Kräfte nach Verhandlungen zwischen der Nationalen Befreiungsfront Mozambiques (FRELIMO) und Vertretern der BRD wegen Cabora Bassa.

2."Imperialismus - eine leere Worthülse"

" ... Um den marxistischen Denkansatz zu retten, entwickelte man nun diverse Theorien des 'Neokolonialismus', in denen vor allem das angebliche Ungleichgewicht der Weltmarktpreise eine Rolle spielt."

So Günter Zehm am 24. 6. 7o in "Die Welt"

3. Aus einem Bericht der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23. 6. 7o über die Geburtstagsfeier von Herbert Quandt. (Auch Franz Josef Strauß war dabei gern gesehener Gast).

"Abs appellierte ... eindringlich an die Unternehmer, aus ihrer Reserve herauszutreten und aktiver als bisher für die Freiheit des Unternehmertums und die Aufrechterhaltung der Demokratie einzutreten. Mit erhobener Stimme rief er den Anwesenden zu: 'Wenn der Unternehmer nicht bereit ist zu kämpfen, verdient er es unterzugehen ... Seid nicht so ängstlich und denkt nicht, daß die weiche Tour die Chance zum Überleben bietet.'"

4. Aus dem "Rheinischen Merkur":

"Nicht das Sozialproblem ist das Grundübel Lateinamerikas. Richtig ist, daß der einheimische Klerus es versäumt hat, die natürlichen Tugenden - Keuschheit, Reinlichkeit, Fleiß, Sparsinn, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Pünktlichkeit, Verantwortlichkeit - zu predigen. Südamerika braucht nicht die kirchlichen Sozialdemagogen, wohl aber die Seelenreformer."

TERMINE

Das iz3w plant, in den "Blättern" laufend Tagungstermine und -berichte zu veröffentlichen. Wir bitten daher, geplante Tagungen, die für die Arbeit der entwicklungspolitisch engagierten Gruppen wichtig sind, möglichst mit kurzer Angabe der Thematik und der technischen Daten in den "blättern" ankündigen zu lassen. Durch kurze Tagungsprotokolle sollen die Ergebnisse einem breiteren Kreis zugänglich gemacht werden.

GRUPPEN

Da zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Informationsfluß zwischen den einzelnen Gruppen zu gering ist, ist Doppelarbeit (z.B. bei der Ausarbeitung von Informationsschriften oder Aktionsvorschlägen) kaum zu vermeiden.

Zur Beseitigung dieses Handicaps wurde von uns mit einer Anzahl anderer Gruppen folgender Plan diskutiert ob sich die einzelnen, am "iz" beteiligten Gruppen in den "blättern" selbst kurz vorstellen könnten.

Eine solche Selbstdarstellung sollte unseres Erachtens etwa folgendes enthalten:

Adresse, evtl. Telefonnummer (vielleicht auch die Privatnummer eines Mitarbeiters), durchgeführte Aktionen mit Vermerk auf vorliegende Berichte, geplante Aktionen, erarbeitete Informationspapiere und Analysen, Strategiepapiere, regelmäßig erscheinende Publikationen usw.

Die Darstellung, die aus technischen Gründen nicht mehr als ca. eine Seite betragen sollte, könnte auch vom "iz3w" (lokal geordnet und ungekürzt) in einem besonderen "Gruppenpapier" veröffentlicht werden.

Sofern die einzelnen Gruppen diesen Plan gutheißen, bitten wir um Übersendung der Unterlagen an das "iz3w".

SONSTIGES

Wie schon im letzten Rundbrief angekündigt, gibt die Aktion Dritte Welt noch vor Jahresende einen Sammelband ihrer bisherigen Aufsätze (zuzüglich einiger neuer Analysen) heraus. Das Buch wird voraussichtlich zum Preis von DM 2,5o abgegeben werden können. Bestellungen sind ab sofort erwünscht.

Neben den Beilagen dieser 1. Ausgabe der "blätter des iz3w" sind bei der Aktion Dritte Welt drei neue Papiere zu den folgenden Themen erstellt worden:

Privatinvestitionen = Entwicklungshilfe? (auch ohne volkswirtschaftliche Vorkenntnisse verständlich)

Kolonialismus (eine ausführliche historische Analyse)

Schulbuchanalyse (Herausgearbeitet wird dabei das unterentwickelte Bewußtsein im Hinblick auf Probleme der Dritten Welt, wie es in unseren Schulbüchern zum Ausdruck kommt.)

Die Plakate "Ordnung muß sein" und "Wohlstand für alle" sind beim "iz" noch vorrätig und können (auch kostenlos) abgegeben werden.